

GEW

EuWiS

Juni 2015

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB



BILDUNG IST MEHRWERT!



04 Kitas im Streik

Editorial 03

Thema: Streik 04

- 04 Kitas im Streik
- 05 Es geht um MehrWert
Gesellschaftspolitische Bedeutung des Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst
- 07 „Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich“
Gedanken zur Solidarität mit Streikenden
- 08 Basiswissen Tarifvertrag
- 09 Streiks in der Geschichte
Was haben uns Streiks je gebracht?
- 10 Beamte und ihr Recht, (nicht) zu streiken

Hochschule 11

- 11 Sonderpädagogik aus historischer Perspektive und die Konsequenzen

Schule 14

- 14 Politikunterricht einmal anders
Schüler_innen des Dt.-Franz. Gymnasiums diskutieren mit dem Schweizer Kriegsjournalisten Kurt Pelda
- 16 „FÖRDI-Messe“ im Dillinger Lockschuppen
- 17 IGS Göttingen: Die Kraft des Du

Gewerkschaft 18

- 18 Saarländische Beamtinnen und Beamte erhalten mehr Geld
- 18 11. Deutscher Seniorentag der BAGSO in Frankfurt
- 19 Erkennen Sie den Unterschied?

Info & Service 20

- 20 „Mit kritischem Blick“
AK-Filmtage: 5 Filme gegen das Vergessen und die Gefahr von Rechts

Bücher & Medien 21

- 21 Gemeinsam besser unterrichten
Teamenteaching im inklusiven Klassenzimmer
- 21 Ökonomi(sti)sche Bildung? Nein danke!
- 22 Hartz IV und die Folgen
Auf dem Weg in eine andere Republik

Geburtstage und Jubiläen 23

- 23 Juni 2015
- 23 Schlusswort



Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr
 Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr
 Telefon: 0681 / 66830-0,
 Telefax: 0681 / 66830-17
 E-Mail: info@gew-saarland.de
 Internet: http://www.gew-saarland.de

GEW-Service

Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 08.30 - 16.30 Uhr,
 Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,
 Tel.: 0681 / 66830-13,
 E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de
 Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter
 Tel. (priv.): 0170 / 4151006

Beratung für Referendarinnen und Referendare

Andreas Sánchez, Tel.: 0681 / 66830-14
 E-Mail: a.sanchez@gew-saarland.de

Beratung für Beschäftigte und Freiberufler (Erwachsenen- & Weiterbildung)

Georges Hallermayer
 georges.hallermayer@wanadoo.fr

Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Marlene Wagner
 Tel.: 06833/1435 (nachmittags)

Redaktionsschluss

08.06.2015
 (Juli/August-Ausgabe)

10.07.2015
 (September-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

Impressum

Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,
 Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:
 Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
 Tel.: 0681 / 66830-0, Fax: 0681 / 66830-17
 info@gew-saarland.de

Redaktion
 Peter Balnis,
 Agnes Bender-Rauguth (verantwortl.),
 Helmut Bieg,
 Thomas Bock,
 Anna Haßdenteufel,
 Matthias Römer

Anzeigenverwaltung
 Andreas Sánchez Haselberger
 a.sanchez@gew-saarland.de

Druck
 COD Büroservice GmbH
 Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken
 Telefon: 0681 / 393530, info@cod.de

Bildnachweis
 u.a. pixelio.de, fotolia.de, privat

Layout
 Bärbel Detzen
 b.detzen@gew-saarland.de

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GEW wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Thema Streik war in den letzten Wochen Dauerthema. Vom Streik der Lokführer waren viele betroffen, ebenso vom Streik der Erzieherinnen und Erzieher, die wie man in unserer aktuellen Ausgabe nachlesen kann nicht nur ihre unangemessene Bezahlung, sondern auch die mangelnde Wertschätzung ihres Berufes beklagten. So war es nicht verwunderlich dass bei der Urabstimmung Anfang Mai 96,37 % für einen Streik stimmten. Ihr findet deshalb in der vorliegenden Ausgabe nicht nur einen Bericht über diesen „Kita-Streik“, sondern ebenfalls Hintergrundinformationen zu Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst. Interessant ist auch ein Blick in die Geschichte des Streiks - viele Errungenschaften, die uns heute selbstverständlich erscheinen wurden durch Arbeitsniederlegungen erkämpft.

Auch wenn es uns im Moment so vorkommt, als seien Streiks dauernd an der Tagesordnung, ist es interessant, dass z.B.

1980 etwa zehnmal mehr Arbeitstage als 2014 verschiedenen Streiks zum Opfer fielen. Auch im internationalen Vergleich liegt Deutschland, was Streiktage anbetrifft (16 Tage pro 1.000 Beschäftigte) eher im unteren Bereich der Skala der europäischen Länder. Hier sind die Franzosen mit dem etwa zehnfachen (150 Tage pro 1.000 Beschäftigte) führend.

Wir sollten aber nicht nur versuchen, diese Streiks realistisch wahrzunehmen und einzuordnen, sondern auch ernsthaft über unsere Solidarität mit den Streikenden nachdenken - auch hierzu findet man einen Artikel in der vorliegenden Ausgabe. Ein Blick auf das Streikrecht der Beamten darf natürlich auch nicht fehlen.

Auch wenn der Streik Hauptthema dieser Ausgabe ist, dürfen wir darüber nicht vergessen, dass leider in vielen Ländern der Welt, Menschen tagtäglich um die nackte Existenz kämpfen, sei es in Ländern, die von Kriegen betroffen sind, wie z.B. Syrien, oder von Naturkatastrophen, wie z.B. Nepal! Der Bericht über den Besuch eines Schweizer Kriegsjournalisten in einem Saarbrücker Gymnasium, der über den Krieg in Syrien Bericht erstattete in der aktuellen Ausgabe ist ein Zeichen dafür, dass diese Menschen ebenso unsere Solidarität benötigen, auch wenn die Hilfe nicht unmittelbar erfolgen kann, sondern

lediglich durch Unterstützung der entsprechenden Hilfsorganisationen.

Interessant ist auch das Interview mit der Professorin em. Dr. Dagmar Hänsel, die uns einmal mehr vor Augen führt, dass Kinder, die in Armut leben müssen eher Gefahr laufen in der allgemeinen Schule negativ ausgelesen zu werden. Hiervon sind insbesondere auch Kinder von Migranten betroffen, die immer noch zu wenig auf sie zugeschnittene Förderung erhalten. Inklusion kann nur dann gelingen, wenn wir flexible Förderangebote haben, die den Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen helfen, alle Kinder pädagogisch zu unterstützen und ihren Fähigkeiten entsprechend zu fördern.

Wie ein roter Faden zieht sich also die Notwendigkeit von Solidarität und gegenseitigem Verständnis durch die vorliegende Ausgabe: Die Streikenden Erzieherinnen und Erzieher benötigen unsere Solidarität, um die entsprechende Wertschätzung ihrer Arbeit zu erhalten, die Menschen in Kriegs- und Katastrophengebieten benötigen ebenfalls unsere Solidarität, vor allem wenn sie aus ihrem Heimatland fliehen müssen und hier bei uns um Aufnahme bitten. ■

Ich wünsche Euch eine anregende Lektüre,

Agnes Bender-Rauguth

ANZEIGE



Wir drucken für unser Leben gern



COD Büroservice GmbH
 Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken
 Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301
 print@cod.de www.cod.de

Kitas im Streik

Seit dem 8. Mai sind die Beschäftigten des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes im Streik. Die gesellschaftlichen Erwartungen an das gesamte Berufsfeld sind in den vergangenen Jahren enorm gewachsen und damit auch die Anforderungen an Qualifikation und Arbeit der Beschäftigten. Das muss sich endlich in einer deutlich besseren Bezahlung und in einer gerechteren Eingruppierung der Kolleginnen und Kollegen widerspiegeln.

Diffamierungen der Arbeitgeber zurück und erläuterte die Forderungen der Gewerkschaften. GEW-Landesvorsitzender Peter Balnis unterstrich in seiner Rede, dass es bei diesem Streik auch um die Lohndiskriminierung von Frauen und um die Berechtigung von Streiks in sozialen Berufen geht. Beide Redner betonten, dass die Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst eine gemeinsame Sache von ver.di und GEW sind.



Streikaufrakt am 08. Mai 2015 im Streiklokal in der GEW-Geschäftsstelle

Die Arbeitgeber haben fünf Verhandlungsrunden lang blockiert und kein Angebot vorgelegt. Mit dem unbefristeten Streik wollen GEW und ver.di durchsetzen, dass die Arbeitgeber endlich ein Angebot für die bundesweit rund 240.000 Erzieher_innen und Sozialarbeiter_innen in kommunalen Einrichtungen vorlegen.

Am Ende der bunt gemischten Kundgebung ließen die Teilnehmer_innen Luftballons steigen als Symbol für langen Atem und für ihre Bereitschaft so lange zu streiken bis ein akzeptables Angebot vorliegt.

Mit einer Solidaritätsaktion auf dem Spielplatz am Staden in Saarbrücken unterstützten Eltern am 15. Mai den Streik der

Über 700 Angestellte im Sozial- und Erziehungsdienst streikten zum Auftakt am 8. Mai in ca. 60 Einrichtungen im Saarland. Die GEW hatte drei Streiklokale in Saarbrücken, Völklingen und Neunkirchen eingerichtet. Bei guter Stimmung und vielen Gesprächen untereinander wurde dort deutlich, dass die Streikbereitschaft hoch und das Verständnis auf Elternseite groß ist.

Nahezu 1.000 Beschäftigte des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes gingen am 12. Mai im Rahmen ihres Streiks für die Aufwertung ihrer Berufe in Saarbrücken vom Schloss zur Zentrale des kommunalen Arbeitgeberverbandes demonstriert.

Philipp Reiß, Sprecher des Elternbeirates beim Regionalverband, überbrachte solidarische Grüße der Elternschaft. Ver.di-Bezirksleiter Thomas Müller wies in seiner Rede die



Erzieher_innen. Aufgerufen dazu hatte der Elternbeirat im Regionalverband Saarbrücken. Die Eltern zeigten großen Respekt für die Arbeit der Erzieher_innen mit ihren Kindern aus und forderten die Arbeitgeber auf, ein akzeptables Angebot vorzulegen. Sie sprachen sich untereinander ab, wie sie die Beeinträchtigungen durch den Streik bewältigen und die Erzieher_innen solidarisch unterstützen können.

Die GEW verteilte Luftballons und Karten mit Blumensamen, um Eltern für ihre Solidarität zu danken. GEW Landesvorsitzender Peter Balnis hat gemeinsam mit zahlreichen Kindern und Eltern Kinderlieder zur Gitarre gesungen. ■

(red.)

Fotos: Andreas Sánchez Haselberger, Peter Balnis



Es geht um MehrWert

Gesellschaftspolitische Bedeutung des Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst

Die aktuellen Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst sind in mehrerer Hinsicht von grundlegender gesellschaftspolitischer Bedeutung.

Arbeitslohn muss zum Leben reichen

Bei dieser Tarifrunde geht es nicht um eine reine Tarifierhöhung, sondern darum, die überkommene Entgeltordnung so zu verändern, dass insgesamt eine Aufwertung der Berufe stattfindet und mehr Gerechtigkeit bei der Zuordnung zu Entgeltgruppen herrscht.

Dabei machen alle geforderten Verbesserungen in der Summe eine Gehaltssteigerung von ca. 10 % aus. Das geht deutlich über andere aktuelle Tarifabschlüsse hinaus. Von Arbeitgeberseite wird mit allerhand Zahlenspielerlei Maßlosigkeit unterstellt. Doch Deutschland steht international in der Kritik wegen seiner mit Niedriglohnpolitik erkaufte Exportstrategie. Volkswirtschaftlich machen gerade jetzt deutliche Lohnsteigerungen Sinn, um die Binnennachfrage anzukurbeln und die öffentlichen Einnahmen zu erhöhen. Der Streik ist also ein gesellschaftspolitisches Signal dafür, dass die Zeiten zurückhaltender Lohnforderungen vorbei sind.

Erzieher_innen haben eine deutliche Gehaltssteigerung bitter nötig. Sie verdienen im Schnitt 1550 € netto, und gut die Hälfte von ihnen arbeitet, oft unfreiwillig, in Teilzeit und hat damit ein Einkommen, mit dem keine Familie zu ernähren ist und das dicht an die Armutsgrenze herankommt. Dieser Streik kann also auch der Ausbreitung einer größer werdenden Gesellschaftsgruppe sog. „working poor“ entgegen wirken und den Grundsatz verankern, dass der Arbeitslohn zum Leben reichen muss.

Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist wertvoll

Erzieher_innen verdienen brutto knapp 600 € weniger als der Durchschnitt aller Arbeitnehmer. Beim Berufseinstieg liegt ihr Einkommen ca. 500 € unter dem von Bankkaufleuten und Facharbeitern in der Metallindustrie, und im Unterschied zu den Berufen im Handel und in der Industrie erhalten Erzieher_innen während ihrer Ausbildung kein Geld. Der Streik für die Aufwertung der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst ist auch ein Streik für neue gesellschaftliche Wertvorstellungen, bei denen die Arbeit mit Kindern und



GEW Landesvorsitzender Peter Balnis bei seiner Rede vor 1000 streikenden Erzieher_innen, auf dem Lautsprecherwagen von ver.di stehend. Er zeigt auf das Gebäude der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber, an die sich die Forderung der Streikenden richtet.

Jugendlichen der Gesellschaft mindestens so viel wert ist wie die Arbeit mit Geld oder die Herstellung von Produkten.

Es gibt einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass für frühe Bildung mehr getan werden muss. In den vergangenen Jahren wurde viel Geld in den Ausbau der Kindertagesstätten investiert. Jetzt stehen die Interessen der sozialpädagogischen Fachkräfte im Vordergrund. Erzieher_innen tragen große Verantwortung für Bildung, Erziehung und Betreuung. Sie schaffen die Grundlage für den Bildungsweg der Kinder. Sie verlangen zu Recht, dass den gestiegenen Anforderungen an die Qualität ihrer Arbeit eine höhere Be-

zahlung folgen muss. Wir müssen in der Gesellschaft deutlich machen, dass hohe Qualität von sozialen Diensten ihren Preis hat. Gute Bildung, Erziehung und Betreuung gibt es nur für gutes Geld.

Die finanzielle Aufwertung ist dringend notwendig, da im Sozial- und Erziehungsdienst bereits jetzt Fachkräfte fehlen. Junge Menschen finden die Gehaltsaussichten im Sozial- und Erziehungsdienst nachweislich unattraktiv. Wenn sich hier nichts tut, wird auch ein besserer Personalschlüssel nicht ausreichen, da das Personal schlicht fehlt. In einigen Regionen ist das bereits der Fall. Und die SuE-Beschäftigten fragen sich zu Recht, warum sie

trotz mehrjähriger Ausbildung bzw. Studium weniger verdienen als Beschäftigte mit vergleichbarer Qualifikation im Finanz- oder Industriesektor.

Geschlechtergerechtigkeit durchsetzen

Der aktuelle Streik im Sozial- und Erziehungsdienst ist auch ein Streik für Geschlechtergerechtigkeit. Die unterdurchschnittliche Bezahlung im Sozial- und Erziehungsdienst hängt damit zusammen, dass der Großteil der Beschäftigten in diesem Bereich weiblich ist. Die IG-BAU bringt das in ihrem Solidaritätsschreiben sehr gut auf den Punkt, wenn sie schreibt: „Ihr kämpft nicht nur für Euch selbst, sondern zugleich geht Euer Kampf um das Ende der Schlechterbezahlung von frauendominierten Tätigkeiten. Ihr kämpft für alle Kolleginnen und letztlich für uns alle gegen die immer noch bestehende Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben.“

Streik ist ein Grundrecht - auch für soziale Berufe

Es liegt in der Natur sozialer Berufe, dass gerade die dort Beschäftigten einen besonders schweren Stand haben, wenn sie ihr Streikrecht durchsetzen wollen. Eine stillgelegte Kita ist etwas anderes als ein stillgelegtes Fließband. Für die Beschäftigten stellt sich das häufig als Dilemma dar: Setzen sie sich für ihre Interessen ein und streiken, können sie das nur schwer mit ihrem beruflichen Ethos vereinbaren. Schließlich geht es in den Einrichtungen um Bildungs- und Beziehungsarbeit. Auch gegenüber den Eltern, die von den Streikfolgen betroffen sind, fühlen sie sich verpflichtet.

Zu behaupten, die Beschäftigten würden den Tarifkonflikt auf dem Rücken der Eltern und Kinder austragen, ist eine Frechheit, so lange Arbeit- und Gesetzgeber zulassen, dass sich die Arbeitsbedingungen zunehmend verschlechtern. Bei den Streiks geht es ja gerade um die Sicherung verlässlicher und hochwertiger Bildungs- und Erziehungsarbeit. Die Beschäftigten werden ihre Arbeit auf Dauer nur engagiert und motiviert fortsetzen können, wenn die Arbeitsbedingungen ihnen dafür den geeigneten Rahmen bieten. Deshalb sind ein paar Wochen Streik besser als permanente Ausfälle durch Krankheit, Burnout und Fachkräftemangel.

Die soziale Verantwortung der SuE-Beschäftigten darf kein Grund und Druckmittel sein, ihnen das Streikrecht zu verwehren. Es ist ein Grundrecht! Erzieher_innen und Sozialpädagog_innen haben auch eine Vorbildfunktion. Dazu gehört, sich für die eigenen Interessen einzusetzen und Grundrechte selbstbewusst wahrzunehmen.

GEW und ver.di streiken gemeinsam

Unübersehbar bei den Streikaktionen sind die Fahnen von GEW und ver.di neben vereinzelt Emblemen der dbb-Verbände. Der Streik ist ihr gemeinsames Ding und setzt damit auch Impulse für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung insgesamt.

Erzieher_innen und Sozialpädagog_innen sind sowohl bei ver.di als auch bei der GEW gewerkschaftlich organisiert. Die Entscheidung, welcher von beiden Gewerkschaften man sich anschließt, ist von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Neben persönlichen Kontakten spielt auch das jeweilige Organisationsmodell eine Rolle. Bei ver.di haben die jeweiligen Tarifpartner die entscheidende strukturgebende Rolle; dementsprechend sind Erzieher_innen z.B. in 3 verschiedenen Fachbereichen mit jeweiligem Eigenleben organisiert (Kommunen, Länder sowie Gesundheit, Kirchen und Wohlfahrtsverbände). Bei der GEW spielen die professionspolitischen Interessen eine zentrale Rolle; deshalb gehören alle Erzieher_innen, Sozialarbeiter_innen usw. unabhängig von ihrem Arbeitgeber zur Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe.

GEW und ver.di gehören beide zum DGB. Im aktuellen Streik hat sich die Kooperation zwischen beiden im Saarland deutlich weiterentwickelt. In den Einrichtungen arbeiten die Kolleg_innen Hand in Hand. Es gibt eine gemeinsame Streikplanung, wöchentliche Treffen zu Aktionsabsprachen, ständigen Telefonkontakt, ein gemeinsames Auftreten bei Demonstrationen und Kundgebungen, ein gemeinsames Streiklokal in Völklingen und auf Vorsitzenden-Ebene einen guten Draht zueinander. Das tut beiden gut.

Es wächst die Erkenntnis, dass die Interessenvertretung sozialpädagogischer Fachkräfte zu einem gemeinsamen Projekt von GEW zu ver.di entwickelt werden muss, dass nur gemeinsam die gewerkschaftliche Macht aufgebracht werden kann, um eine Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes durchzusetzen. ■

Peter Balnis

Foto: Andreas Sánchez Haselberger

„Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich“

Gedanken zur Solidarität mit Streikenden

Wer, wenn nicht wir als Gewerkschaftsmitglieder, müssen solidarisch sein und Verständnis haben, wenn mal wieder ein Streik vor der Tür steht. Das ist leicht gesagt und sicher auch dann einfach, solange wir nicht unmittelbar betroffen sind und unsere Solidarität darin besteht verbal Verständnis für die Streikenden zu äußern. Aber wie sieht es aus, wenn ich selbst morgens auf den Bus oder den Zug angewiesen bin, der dann einfach nicht kommt oder aber noch problematischer, ich stehe mit meinem Kind vor einer bestreikten Kita...

In diesen zuletzt beschriebenen Fällen ist eine „aktive“ Solidarität gefordert, das heißt ich muss selbst etwas tun, muss mich umorganisieren, eventuell mit anderen Betroffenen gemeinsam, um meinen Alltag bewältigen zu können. Oder ganz kurz gesagt: der Streik hat für mich negative Folgen - er tut weh!

Ein Streik ist aber nur dann sinnvoll, wenn er weh tut, wenn möglichst viele betroffene Menschen bemerken, dass gestreikt wird und damit bemerken, dass diejenigen, die streiken im Normalfall wertvolle Arbeit leisten. Sicher sind die Streikenden dann auch gerne bereit, mich noch genauer über die Ursachen dieses Streiks zu informieren.

Trotzdem gelingt es auch mir selbst nicht immer, rückhaltlos solidarisch und verständnisvoll zu sein, oft spielen auch die Begleitumstände eine Rolle, z. B. die Möglichkeiten, die ich als Betroffener habe die negativen Folgen abzufedern. Ich selbst erlebe solche Situationen oft mehrmals im Jahr, wenn meine französischen Kolleginnen und Kollegen mal wieder streiken. Dann bin ich gezwungen, so gut es geht, den Unterrichtsbetrieb aufrecht zu erhalten, auch wenn etwa 20 von 90 Kolleginnen und Kollegen nicht da sind – ohne die, die aus anderen Gründen fehlen. Natürlich muss dann auch die ein oder andere Klasse zu Hause bleiben und wir müssen für die Kinder, die nicht zu Hause bleiben können eine Notgruppe einrichten etc. etc. ... Ich bin solidarisch, auch wenn ich nicht wirklich begeistert bin, diese zusätzliche Arbeit innerhalb kürzester Zeit bewältigen zu müssen - übrigens ist am 19. Mai auch wieder ein solcher Streik!

Solidarität ist aber meines Erachtens mehr als nur das klaglose und verständnisvolle



Hinnehmen der negativen Streikfolgen, sondern beinhaltet auch die aktive Auseinandersetzung mit den Zielen der Streikenden, mit denen ich mich im Idealfall identifizieren kann, die ich aber auf jeden Fall respektieren sollte. Natürlich gehört zu einer solchen Auseinandersetzung auch eine kritische Betrachtung. Ich muss nicht mit allen Beweggründen der Streikenden einverstanden sein, kann aber trotzdem diesen Streik als probates Mittel ansehen, über diese Ziele zu informieren. Gerade wenn im öffentlichen Dienst oder in sozialen Diensten Streiks durchgeführt werden, hört man oft das Argument, dieser Streik werde auf dem Rücken der Betroffenen (der Kinder, der Patienten, etc.) ausgetragen. Dies ist natürlich richtig, aber die Streikenden in diesen Bereichen sind insbesondere auf Solidarität und Verständnis angewiesen, insbesondere, wenn sie zuvor alle anderen Möglichkeiten (Resolutionen, Forderungskataloge, usw.) ausgeschöpft haben. Die Leidtragenden dieser Streiks können durch ihre „aktive“ Solidarität am ehesten dafür sorgen, dass die berechtigten Interessen auch wahrgenommen werden und ihre Forderungen gehört werden.

Solidarität macht den Menschen menschlich, sie ist die Basis des Zusammenlebens in

einer Gemeinschaft und macht die Gemeinschaft tragfähig und stark. Innerhalb einer Familie fällt vielen diese Solidarität leicht, denn innerhalb der Familie hat jeder schon die Erfahrung gemacht, dass auch er selbst von dieser Solidarität profitiert. Je größer die Solidargemeinschaft, desto schwerer vermittelbar ist es, eigene Sicherheiten zu vernachlässigen, um anderen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Solidarität lässt sich nicht verordnen, aber spätestens wenn ich verstanden habe, dass ich als Einzelner nicht überleben kann und spätestens als alter, kranker Mensch auf solidarische Mitmenschen angewiesen bin, sollte ich ernsthaft über mein Verständnis von Solidarität nachdenken.

Übrigens für die, die es nicht oder nicht mehr erkannt haben: die Überschrift und der nun folgende Schluss sind Zitate aus dem Solidaritätslied von Berthold Brecht.

„Vorwärts und nicht vergessen worin unsere Stärke besteht! Beim Hungern und beim Essen, vorwärts und nie vergessen: die Solidarität!“ ■

Agnes Bender-Rauguth

ANZEIGE

GEMEINSAM FÜR AFRIKA

HUMAN RIGHTS!

FÜR ALLE. IMMER. ÜBERALL.

MACHT MIT!

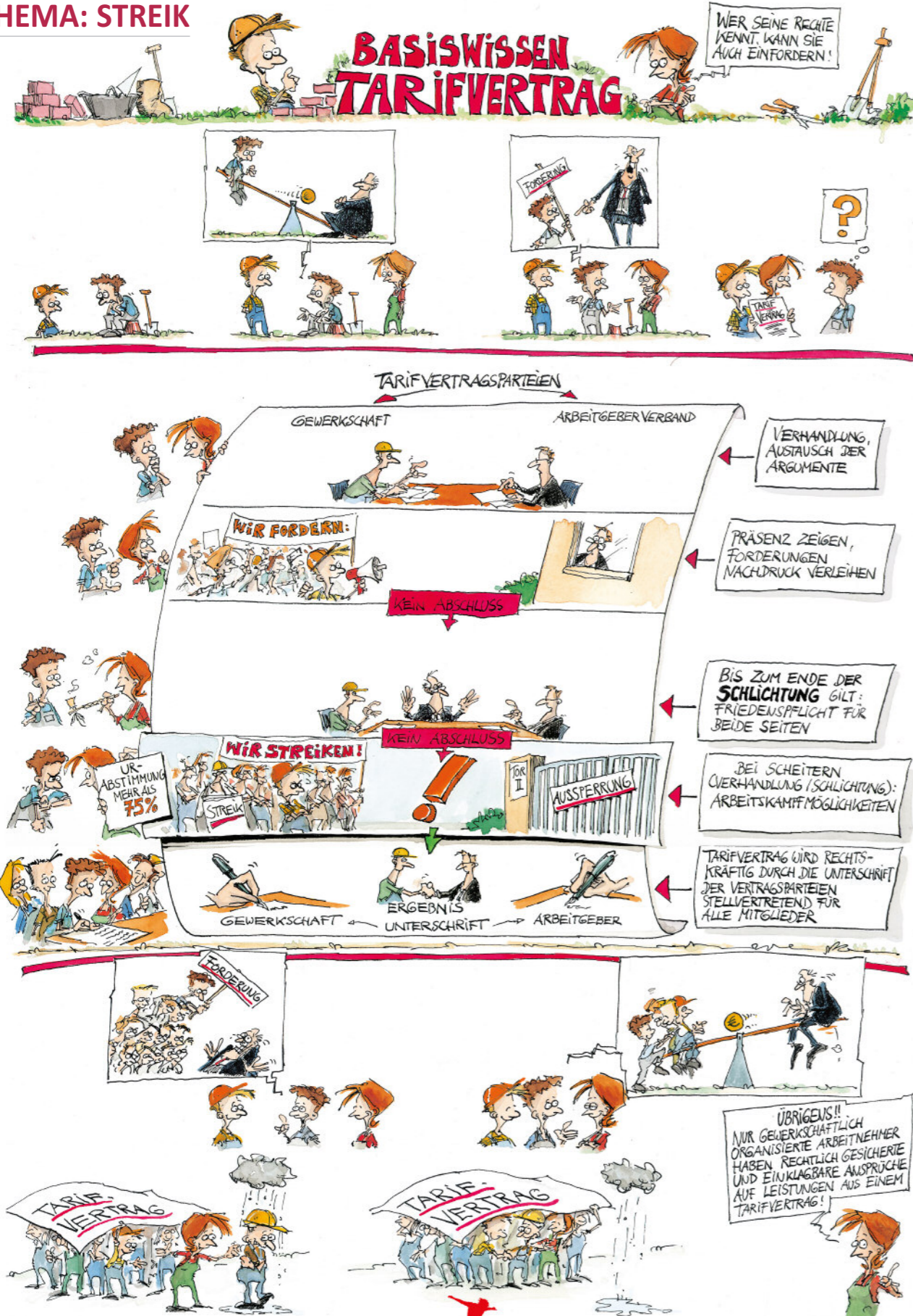
SCHULAKTION 2015

www.gemeinsam-fuer-afrika.de

Schulen – Gemeinsam für Afrika
schulen@gemeinsam-fuer-afrika.de
Tel.: 030-29772 427

Fotos: © Hedenmann / Weltungerhilfe, Gemeinsam für Afrika





Plakat "Basiswissen Tarifvertrag"
 DIN A1, gefalzt auf A4
 Stückpreis 0,50 Euro zuzüglich Versandkosten
 Artikelnummer: 1600
 Einzelexemplare erhältlich über broschueren@gew.de,
 Fax: 069/78973-70161
 Bestellungen ab zehn Exemplaren erhältlich im
 GEW-Shop: www.gew-shop.de, gew-shop@callagift.de,
 Fax: 06103-30332-20.

Initiative | Schule Arbeitswelt



Streiks in der Geschichte

Was haben uns Streiks je gebracht?

Ein Konferenztisch in der Führungsetage eines fiktiven Unternehmens: Die Anwesenden nehmen die Geräuschkulisse demonstrierender Streikender, die durch das geöffnete Fenster eindringt, zum Anlass sich genussvoll dem Ritual des Gewerkschafts-Bashings hinzugeben. Einvernehmlich entlarven die Anwesenden die Gewerkschaften als das, was sie ihrer Meinung nach eigentlich sind: eine wahre Plage, Fortschrittsbremsen, Besitzstandswahrer, Umverteiler, Sozialromantiker, die uns ausbluten lassen wollen!

Der plötzliche Einwurf des Konferenzleiters „Was haben die Gewerkschaften je für uns getan?“, von ihm als rhetorische Frage gemeint, bringt die einmütige Stimmung jedoch zum Kippen, da die Anwesenden zunächst sehr verdrückt, aber allmählich mit immer mehr Verve Errungenschaften aufzählen, wie Mutterschutz, bezahlter Jahresurlaub, Mitbestimmung im Betrieb, 5-Tage-Woche, Kündigungsschutz, Tarifverträge, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Diskussion wird mit einem seitens des Konferenzleiters schmallippig hervorgestoßenen „Arschloch!“ in Richtung des bisher eher duckmäuserisch auftretenden Betriebsrates beendet, nachdem dieser mit den einfachen Worten „mehr Geld“ die Frage auf eine Weise beantwortet hat, deren Überzeugungskraft der Konferenzleiter offenbar nichts mehr entgegenzusetzen kann. Schließlich hat auch er am Ende jeder Tarifrunde mehr Geld auf dem Konto und ist somit Profiteur der von ihm so gehassten Gewerkschaften. Zu sehen ist dieses Video auf der Website des DGB (www.dgb.de).

Historische Streiks

Das Wort Streik leitet sich ab vom englischen strike und bedeutet so viel wie Schlag oder Streich. Der Streik ist ein Mittel des Arbeitskampfes, der Druck auf Arbeitgeber oder auch auf Regierungen ausüben soll, damit die Interessen der Streikenden Berücksichtigung finden. Ein Beispiel für politische Streiks von historischer Bedeutung ist für Deutschland der zunächst illegale Streik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet im Jahre 1889 (nahezu alle Bergarbeiter streikten - fast 90.000 - unter fast bürgerkriegsähnlichen Zuständen und brachten schließlich das unter Bismarck verhängte Sozialistengesetz zu Fall, so dass im Jahr 1890 Gewerkschaften und Arbeiterpar-



teien wieder legal auftreten konnten). Für Großbritannien sind die - leider allerdings erfolglosen - Arbeiterstreiks an dieser Stelle zu nennen. Das Ziel, die radikale Zerschlagung des Sozialstaats durch die neoliberale Thatcher-Regierung abzuwenden, konnten die Gewerkschaften trotz einer seit Ende des Zweiten Weltkriegs nie dagewesenen Solidarisierungswelle nicht erreichen. Die Niederlage verringerte die Macht der Gewerkschaften in Großbritannien dauerhaft.

Streiks in Deutschland nach 1945

1948 kam es zur ersten großen Streikbewegung der Nachkriegszeit auf dem Gebiet der westlich besetzten Zonen. Fast 10 Millionen Erwerbstätige legten die Arbeit nieder, um die Währungsreform und den Wegfall der Preisbindung zu verhindern. Der eintägige Generalstreik konnte beides nicht verhindern, aber er brachte Zugeständnisse, die als Ursprung der Sozialen Marktwirtschaft gelten.

1953 lehnten sich die Arbeiter in der DDR gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen auf. Der Streik wurde von sowjetischen Truppen niedergeschlagen, die Regierung nahm die Erhöhung der Arbeitsnormen aber zurück.

1956/57 streikte die IG Metall stellvertretend im Tarifbezirk Schleswig-Holstein 16 Wochen lang mit Erfolg. Am Ende stand ein Tarifvertrag, der die Arbeiter im Krankheitsfall mit den Angestellten gleichstellte und ihnen ebenfalls die Lohnfortzahlung zusicherte. Die Vereinbarung wurde später zur gesetzlichen Regelung.

1978/79 kam es in Nordrhein-Westfalen zu einem sechswöchigen Streik in der Stahlindustrie und 1984 legten die IG-Metall-Mitglieder in der Metall- und Elektroindustrie in Hessen, Nordwürttemberg und Nordbaden sieben Wochen lang die Arbeit nieder. Der Streik wurde flankiert durch die Mitglieder der IG-Druck und Papier. Beide Streiks hatten die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zum Ziel. Es kam zu einer Verkürzung auf 38,5 Stunden und schrittweise zu Verkürzung auf 35 Stunden in späteren Jahren. Die 38,5-Stunden-Woche wurde in vielen anderen Branchen ebenfalls von Gewerkschaften durchgesetzt. Der Versuch der IG-Metall die 35-Stunden-Woche 2003 durch Streiks auch auf Ostdeutschland auszuweiten scheiterte jedoch mit Ausnahme ihres Wirkungsbereichs in der Stahlindustrie.

Deutschland – neue Heimat der Streikwut?

Auch wenn angesichts der Streikwelle, die Deutschland momentan etwas durchrüttelt, bei manchen der Eindruck entsteht, Deutschland würde von Streiks geradezu überrollt oder gar lahmgelegt, so bescheinigt die Statistik deutschen Gewerkschaften eine eher zurückhaltende Streikfreudigkeit: In Deutschland fielen zwischen 2000 und 2007 im Durchschnitt fünf Arbeitstage jährlich pro Tausend Beschäftigte aus. In unserem Nachbarland Frankreich lag dieser Wert in diesem Zeitraum bei 103 Arbeitstagen. ■

Thomas Bock

Foto: Munkácsy Mihály: Sztrájk (1895), Quelle: wikipedia.de



ten trägt zur Entzauberung der behaupteten besonderen sonderpädagogischen Kompetenz und damit zur Ernüchterung allgemeiner Lehrkräfte bei. Die Sonderpädagogik hat darauf klug reagiert. Sie definiert die Rolle der sonderpädagogischen Lehrkräfte in der allgemeinen Schule neu als Berater und Entwickler. Als solche sollen sie nicht mehr mit dem Unterrichten von Klassen und damit mit der Aufgabe befasst sein, die im Zentrum der Lehrertätigkeit steht und für die Lehrkräfte ausgebildet werden.

Brigitte Schumann:

Was macht Sie so skeptisch gegenüber der Möglichkeit, dass die Allgemeine Pädagogik im Zusammenhang von Inklusion sich mit der Sonderpädagogik auseinandersetzt und damit bspw. auch ihre Zuständigkeit für die Kinder erkennt, die die Sonderpädagogik für sich in Anspruch genommen hat, nämlich die Kinder in Armutslagen?

Prof. em. Dr. Dagmar Hänsel

Ungeachtet der seit vier Jahrzehnten in allgemeinen Schulen praktizierten Beschulung von Behinderten hat sich die Allgemeine Pädagogik bisher kaum forschend mit der Sonderpädagogik befasst. Vielmehr hat die Allgemeine Pädagogik das sonderpädagogische Verständnis von Inklusion weitgehend übernommen und ihre „Anschlussfähigkeit“ an die Sonderpädagogik betont. Ebenso ist die strikte Trennung zwischen allgemeiner und sonderpädagogischer Lehrerausbildung im Zusammenhang von Inklusion nicht verändert worden. Dabei hätte die Neustrukturierung der Lehrerausbildung im Rahmen des Bachelor-Mastersystems und die damit verbundene Neugestaltung des erziehungswissenschaftlichen Curriculums dafür eine historisch einmalige Chance geboten. Der Anachronismus der Sonderpädagogik als Fach, das neben und getrennt vom Fach Erziehungswissenschaft gelehrt wird, hätte überwunden und die Sonderpädagogik wie jede andere Teildisziplin der Erziehungswissenschaft in das erziehungs- bzw. bildungswissenschaftliche Fachstudium integriert werden können. Stattdessen weitet die Sonderpädagogik unter dem Anspruch von Inklusion ihren Einflussbereich aus und beansprucht sowohl die Sonderschule als auch die allgemeine Schule als ihr Tätigkeitsfeld.

Brigitte Schumann:

Die Bildungspolitik spricht allenthalben davon, dass sonderpädagogische Inhalte in den allgemeinen Lehramtsstudiengängen verankert werden sollen. Z. B. ist das auch das Credo von Frau Löhrmann. Was ist denn dagegen zu sagen?

Prof. em. Dr. Dagmar Hänsel

Die Forderung nach Verankerung sonderpädagogischer Inhalte in der allgemeinen Lehrerausbildung ist nicht neu. Sie ist vielmehr von der Sonderpädagogik seit ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert erhoben worden. Sie war und ist mit der Hoffnung verbunden, dass allgemeine Lehrkräfte dadurch die sonderpädagogische Perspektive übernehmen. Das ist deshalb so wichtig, weil das deutsche Sonderschulsystem wesentlich auf der Auslese aus der allgemeinen Schule basiert, an der allgemeine Lehrkräfte im Vorfeld und als Kooperationspartner sonderpädagogischer Lehrkräfte beteiligt sind.

Hinter der aktuell erhobenen Forderung nach Verankerung sonderpädagogischer Inhalte in der allgemeinen Lehrerausbildung steht der Glaubenssatz der Sonderpädagogik, dass die Förderung aller Kinder in ihrer Verschiedenheit zwingend sonderpädagogische Kompetenz erfordert, die wiederum an die sonderpädagogische Ausbildung gebunden wird. Das hat zur Folge, dass allgemeine Lehrkräfte sonderpädagogischen Lehrkräften in der Förderung der Verschiedenen notwendig unterlegen sind, wie umfangreich auch die in ihrer Ausbildung verankerten sonderpädagogischen Elemente sein mögen. Die sonderpädagogischen Elemente berechtigen allgemeine Lehrkräfte zudem nicht zum gestuften Erwerb des sonderpädagogischen Lehramts und lassen damit die strikte Trennung zwischen allgemeiner und sonderpädagogischer Lehrerausbildung auch im Zusammenhang von Inklusion unberührt. Stattdessen berechtigt die sonderpädagogische Lehrerausbildung durch einen Beschluss der KMK von 1994 inzwischen auch zur Tätigkeit in allen Formen und Stufen der allgemeinen Schule. Sonderpädagogische Lehrkräfte sind damit zu Lehrkräften für alle Kinder geworden.

Schließlich ist zu fragen, worin die besondere sonderpädagogische Kompetenz besteht, die in der sonderpädagogischen Lehrerausbildung vermittelt wird, und ob sonderpädagogische Lehrkräfte allgemeinen Lehrkräften in der Förderung insbesondere von Kindern mit Lern- und Entwicklungsschwierigkeiten überlegen sind. Festzuhalten bleibt, dass sonderpädagogische Lehrkräfte in ihrer Ausbildung im Bereich der Fachwissenschaft und Fachdidaktik bzw. im Bereich der elementaren Sprach- und Mathematikdidaktik deutlich schlechter als allgemeine Lehrkräfte qualifiziert werden. Angesichts des Umfangs des sonderpädagogischen Studiums, der den Umfang des erziehungswissenschaftlichen Studiums um ein Vielfaches überschreitet, studieren sie nicht wie allgemeine Lehrkräfte der Sekundarstufe zwei Unterrichtsfächer und

ihre Didaktik, sondern nur ein Fach. Eine zentrale sonderpädagogische Kompetenz wird nach wie vor in der sonderpädagogischen Diagnostik gesehen. Wie problematisch es um diese Kompetenz bestellt ist, hat Brigitte Kottmann in ihrer empirischen Studie zur Selektion in die Sonderschule eindrücklich erwiesen.

Brigitte Schumann:

Wie stellen Sie sich die zukünftige Rolle der Sonderpädagogik zur Umsetzung von Inklusion vor?

Prof. em. Dr. Dagmar Hänsel

An die Stelle einer flächendeckenden Verankerung sonderpädagogischer Lehrkräfte als Berater und Schulentwickler auf allen Stufen und in allen Formen der allgemeinen Schule und damit an Stelle eines massiven Ausbaus der Sonderpädagogik, der alle bisherigen Grenzen sprengt, sollten die vorhandenen sonderpädagogischen Lehrkräfte nach meiner Vorstellung als das eingesetzt werden, wofür Lehrkräfte ausgebildet werden, nämlich als Lehrkräfte im Klassenunterricht. Die Doppelbesetzung von Lehrkräften in einer Klasse, die in der Pilotphase des gemeinsamen Unterrichts Standard war, ist bei einem flächendeckenden Ausbau weder realisierbar noch finanzierbar.

Dringend geboten wäre auch, auf die Zurechnung der Kinder mit Lern- und Entwicklungsschwierigkeiten zu Behinderten zu verzichten und damit den deutschen Sonderweg und die Hilfsschultradition zu verlassen. Dem würde der Verzicht auf die entsprechenden Sonderschulformen und auf ein sonderpädagogisches Lehramtsstudium für den Bereich der Lern- und Entwicklungsschwierigkeiten korrespondieren. Die Unsummen, die derzeit für das Parallelsystem von sonderpädagogischer Förderung für Kinder mit Lern- und Entwicklungsschwierigkeiten in Sonderschulen und in allgemeinen Schulen und für den Ausbau der sonderpädagogischen Lehrerausbildung in diesem Bereich ausgegeben werden, könnten besser für die pädagogische Förderung dieser Kinder durch allgemeine Lehrkräfte und für die Verkleinerung von Klassen insbesondere in der Grundschule verwendet werden. Sonderschulen könnten als wählbare Angebote für jene Minderheit von Kindern erhalten werden, die im sozialrechtlichen Sinne Behinderte sind.

Brigitte Schumann:

Sehen Sie derzeit Ansätze für Ihren Weg in irgendeinem Bundesland?

Prof. em. Dr. Dagmar Hänsel

Nein, ich sehe Ansätze zu den skizzierten Strukturveränderungen in keinem Bundes-

land. Auch die Grünen in NRW, die sich, als sie noch in der Opposition waren, für die Abschaffung der Schulen für Lernbehinderte - und damit der Mehrheit der deutschen Sonderschulen - stark gemacht haben, sind in ihrer Regierungsverantwortung zurückgerudert. Sie sind dem Vorschlag eines Expertengutachtens zur Abschaffung dieser Sonderschulen nicht gefolgt. Das Land NRW ist vielmehr zum Vorreiter für den flächendeckenden Ausbau der sonderpädagogischen Lehrerausbildung und damit auch für den weiteren Ausbau sonderpädagogischer Förderung in Sonderschulen wie in allgemeinen Schulen geworden. So sind seit 2013 in NRW 2300 zusätzliche Studienplätze für das sonderpädagogische Lehramt geschaffen und drei neue Standorte für die sonderpädagogische Lehrerausbildung eingerichtet worden.

Brigitte Schumann:

Wenn Sie die sonderpädagogischen Fachrichtungen Lernen, Emotionale und soziale Entwicklung sowie Sprache (LES) für überflüssig erklären und die dazu gehörenden Lehrämter auflösen wollen, dann legen Sie sich mit der starken Lobby der Sonderpädagogik an. Aber auch die Lehrerschaft an den allgemeinen Schulen fordert ja gerade mehr und nicht weniger Sonderpädagogen zur Förderung von Kindern mit Lern- und Entwicklungsproblemen. Wie wollen Sie darauf reagieren?

Prof. em. Dr. Dagmar Hänsel

Wer die Interessen einer Interessengruppe berührt, legt sich notwendig mit dieser an. Der Verband Sonderpädagogik, der die Interessen der sonderpädagogischen Lehrkräfte vertritt, ist aus dem Hilfsschulverband hervorgegangen und damit am Erhalt der inzwischen als Förderschule Lernen bezeichneten Hilfsschule und der sonderpädagogischen Ausbildung ihrer Lehrkräfte besonders interessiert. Das Eintreten für die Interessen der Profession wird vom Verband damals wie heute mit dem Eintreten für die Rechte der Behinderten verknüpft und moralisch stark aufgeladen. Diese moralische Aufladung ist nach der Zeit des Nationalsozialismus, in der Behinderte im Rahmen der „Euthanasie“ ermordet und im Rahmen der Zwangssterilisation verstümmelt wurden, extrem gestiegen. Die deutsche Sonderpädagogik nimmt seitdem für sich in Anspruch, nicht nur für die gesellschaftliche Teilhabe und für das Bildungsrecht der Behinderten, sondern auch für die Bewahrung ihres Lebensrechts unverzichtbar zu sein. Der Versuch, das sonderpädagogische System zu beschneiden, kann damit mit dem Versuch gleich gesetzt werden, Behinderten ihr Lebensrecht abzusprechen und in die Barbarei der NS-Zeit zurückzufallen. Der Ausbau des Sonderschulsystems und die Etablierung der

Sonderpädagogik als eigenständigem Fach ist von sonderpädagogischen Fach- und Verbandsvertretern nach 1945 denn auch mit dem Argument begründet worden, dass damit ein Rückfall in die Barbarei der NS-Zeit vermieden werde.

Allgemeine Lehrkräfte fordern, und das mit Recht, mehr Unterstützung bei der Förderung von Kindern mit Lern- und Entwicklungsschwierigkeiten, deren Zahl durch steigende Armut und Migration sprunghaft wächst. Sie fordern aber nicht zwangsläufig mehr Sonderpädagogen. Das gilt zumal dann, wenn sonderpädagogische Lehrkräfte als Berater und Entwickler allgemeiner Lehrkräfte fungieren sollen. Weitreichende Unterstützung könnte allgemeinen Lehrkräften ohne Mehrkosten geleistet werden, wenn die Kosten, die für die sonderpädagogische Förderung von Kindern mit Lern- und Entwicklungsschwierigkeiten derzeit aufgewendet werden, für pädagogische Förderung in allgemeinen Schulen verwendet und sonderpädagogischen Lehrkräfte in allgemeinen Schulen, insbesondere in Grundschulen und in Brennpunktschulen, nicht als Berater und Schulentwickler, sondern als Lehrkräfte im Unterrichten von Klassen eingesetzt würden. Zudem könnten flexible Förderangebote allgemeinen Lehrkräften helfen, Kinder pädagogisch zu unterstützen.

Wie sich der Verzicht auf sonderpädagogische Förderung zu Gunsten pädagogischer Förderung durch allgemeine Lehrkräfte auswirken kann, habe ich an einem Beispiel, dem Fall des Schülers S., in der Zeitschrift Schulverwaltung (11/2012) verdeutlicht. Nachdem S. in einer Schule für Geistigbehinderte als „Schwerstmehrfachbehinderter“ sechs Jahre beschult worden war und dort nicht lesen gelernt hatte, wurde er als Nichtbehinderter in eine Hauptschule umgeschult. S., der aus benachteiligten sozialen Verhältnissen stammt, ist weder intellektuell noch körperlich beeinträchtigt. In der Hauptschule ist S. von seiner Klassenlehrerin neben dem Klassenunterricht fünf Stunden in der Woche individuell pädagogisch gefördert worden. Er hat lesen gelernt und inzwischen die Zwischenprüfung in seinem Ausbildungsberuf erfolgreich bestanden.

Brigitte Schumann:

In Ihrer jüngsten Forschungsarbeit mit dem Titel „Lehrerausbildung im Nationalsozialismus“ decken Sie Kontinuitäten in der Geschichte der Sonderpädagogik von ihren Anfängen über die Zeit des Nationalsozialismus hinweg bis heute auf. Sie widerlegen die gängige sonderpädagogische Geschichtsdarstellung, die die Sonderpädagogik als Opfer des Nationalsozialismus behauptet. Welche bil-

dungspolitische Wirkung versprechen Sie sich davon?

Prof. em. Dr. Dagmar Hänsel

Forschung hat zumeist keine bildungspolitischen Wirkungen. Das ist auch nicht ihr primäres Ziel. Forschung dient vielmehr in erster Linie der Wahrheitsfindung und der Aufklärung. Die forschende Auseinandersetzung mit der Sonderschule und der Sonderpädagogik im Nationalsozialismus halte ich für besonders wichtig, nicht nur weil es zu diesem Bereich in der Sonderpädagogik kaum Forschung gibt oder diese von Außenseitern betrieben wird, die aus dem sonderpädagogischen Diskurs ausgeschlossen bleiben. Auch in der Geschichtswissenschaft gibt es zur Sonderschule keine Forschung. Obwohl (ehemalige) Hilfsschülerinnen und Hilfsschüler als „angeborenen Schwachsinnige“ die Hauptgruppe der Opfer der Zwangssterilisation darstellten, ist dieser Zusammenhang aus der geschichtswissenschaftlichen Forschung zur Zwangssterilisation ausgespart geblieben. Das gilt auch für die geschichtswissenschaftliche Forschung zur Sozialgeschichte der deutschen Schule.

Durch Forschung lassen sich nicht nur verborgene Zusammenhänge aufdecken, sondern auch Geschichtskonstruktionen der sonderpädagogischen Historiographie als Mythenzählungen erweisen. Bis heute lebt die Mythenzählung von der versuchten Abschaffung der Hilfsschule und dem Verbot der Hilfsschullehrerausbildung durch das Nazi-Regime fort, die von Sonderpädagogen in der Nachkriegszeit erfunden worden ist. Diese Mythenzählung ist damals wie heute von zentraler Bedeutung, um Sonderpädagogen als Verfechter des Lebensrechts von Behinderten zu erweisen und den Ausbau des sonderpädagogischen Systems moralisch zu rechtfertigen. ■



Dr. Brigitte Schumann
ifenic@aol.com

**EINE SCHULE
FÜR ALLE
FÖRDERN STATT
AUSLESEN**

Politikunterricht einmal anders

Schüler_innen des Dt.-Franz. Gymnasiums (DFG) diskutieren mit dem Schweizer Kriegsjournalisten Kurt Pelda

Die militärischen Aktivitäten der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) in den Bürgerkriegsländern Syrien, Irak und Libyen gehören zu jenen außenpolitischen Themen, die seit vielen Monaten die Berichterstattung der deutschen Medien dominieren. Und auch in den aktuellen innen- und außenpolitischen Diskussionen nimmt der Krieg des IS einen breiten Raum ein – ob im Rahmen der humanitären Bewältigung der Flüchtlingsströme aus den Kriegsgebieten nach Europa, im Zusammenhang mit islamfeindlichen Demonstrationen und Aktionen in Deutschland oder mit Blick auf das Rekrutierungs- und Terrornetzwerk des IS in westlichen Ländern.

Auf Einladung der Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes und des DFG diskutierte der renommierte Kriegsjournalist Kurt Pelda, der seit vielen Jahren direkt aus den Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas berichtet und im vergangenen Jahr von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in der Schweiz mit dem Menschenrechtspreis ausgezeichnet worden ist, am Samstag, 18. April 2015, mit Oberstufenschüler_innen des Faches Politik über die aktuelle Entwicklung in den Kampfgebieten und die internationalen Verflechtungen der Konflikte.

Der Theatersaal des DFG war an diesem Samstagmorgen bis auf den letzten Platz gefüllt und - um es gleich vorwegzunehmen - bei der lebhaften Diskussion mit den Schüler_innen am Ende der Ausführungen von Kurt Pelda war von einer „Pflichtveranstaltung“ nichts zu spüren.

Nach der offiziellen Begrüßung durch den Leiter der Landeszentrale für politische Bil-



Kurt Pelda während seines informativen Vortrages

dung, Dr. Erik Harms-Immand und dem Schulleiter des DFG, Herrn Bächle, begrüßte auch Minister Ulrich Commerçon die Schüler_innen zu dieser „spannenden Veranstaltung“. Der Minister betonte, dass die Auseinandersetzung mit den aktuellen außenpolitischen Themen an der Tagesordnung im Fach Politik stehen müsse. Obwohl die Ereignisse in den Bürgerkriegsländern Syrien und Irak große mediale Aufmerksamkeit erfahren, sei die Reaktion in der Bevölkerung auf die daraus resultierenden Flüchtlingszahlen leider nicht nur von Verständnis und Hilfsbereitschaft gekennzeichnet. Als europäische Gesellschaften, so der Minister, müssten wir uns vor Augen führen, dass die Anschläge von Paris von „unseren“ Jugendlichen verübt worden seien.

In seinem überaus informativem Vortrag ging Kurt Pelda dann auch als erstes der Frage nach, warum sich in Europa lebende Jugendliche als Dschihadisten dem IS anschließen

und nannte dafür drei Gründe:

- Deutliche Anerkennungsdefizite in den Heimatländern
- Suche nach Sinn im Leben
- Sex (wer sich an der Auswanderung beteiligt, wird von der lokalen Bevölkerung belohnt - so darf ein Mann bis zu vier Frauen „besitzen“)

Überaus wichtig, so Kurt Pelda, sei es, dass zu Beginn der Radikalisierung von Jugendlichen der „alte“ Freundeskreis versuche gegenzusteuern. Aber auch Jugendliche, denen es eine Gesellschaft ermögliche, Schule, Beruf und persönliche Beziehungen erfolgreich zu gestalten, seien weit weniger gefährdet, als diejenigen mit einer Biographie des Misslingens.

Obwohl der IS das Recht habe, Steuern einzutreiben, widerstrebt es Kurt Pelda, diese Kampfgruppe „Staat“ zu nennen. Er bezeichnet den IS daher lieber als eine islamische Sekte (auch deshalb, weil es vom Koran verboten ist, sich selbst zu töten), die von sich behauptet nur Nicht-Muslime zu töten. Minderheiten wie die Jesiden seien für die IS Teufelsanbeter, deren Frauen entführt, vergewaltigt, als Sklaven verkauft werden dürften. Der IS biete anderen Gruppen Geld und Waffen, wenn sie zu ihnen überlaufen, wer das nicht tue, würde umgebracht. Ebenso habe es der IS auf Intellektuelle und Menschen mit europäischer Bildung abgesehen. Die Welt wird - vergleichbar mit der NS-Ideologie - aufgeteilt in Gute und Böse, entweder „mit uns oder gegen uns“. Für Kurt Pelda ist der IS ein Totenkult, denn wer im Kampf stirbt, gilt als Held und Märtyrer. Alles, was versprochen wird,

wird auf das Jenseits projiziert. Auch darin zeige sich das absolut nihilistische Weltbild des IS.

Am Beispiel Syriens zeigt Kurt Pelda - unterstützt durch eigenes Filmmaterial - wie aus einer anfänglich friedlichen Demonstration der Syrer gegen Assad im Jahre 2011 ein blutiger Bürgerkrieg in dem Ausmaß wurde, wie wir ihn heute kennen. Für Kurt Pelda hatten die Demonstrationen im April 2011 nur den Sinn, den Westen zum Eingreifen zu bewegen. Ohne die Versäumnisse der westlichen Welt (z.B. hätte der Westen eine Flugverbotszone erlassen können; viel zu lange gab es UN-Flüchtlingslager nur mit Assads Zustimmung), so Kurt Pelda, hätte sich die Situation in Syrien anders entwickeln können.

So war dann auch gleich die erste Schülerfrage, warum der Westen denn nichts gemacht habe. Kurt Pelda verwies auf das Veto Russlands und Chinas im UN-Sicherheitsrat und merkte darüber hinaus an, dass die UN seit der Syrienkrise ausgehebelt sei.

Viele Fragen der Schüler_innen waren von großem Interesse an der Person Kurt Peldas geprägt (z.B. Hatten Sie je Zweifel an ihrem Job? Wie finden Sie Kontaktpersonen, denen Sie vertrauen können? Woher nehmen Sie das Vertrauen in Menschen? Haben Sie Angst während Ihrer Arbeit? Wie schützen Sie Ihr eigenes Leben?). Aber auch die Frage, welcher Berichterstattung man denn Glauben schenken dürfe, beschäftigte die Zuhörerschaft.

Sehr überzeugend legte Kurt Pelda dar, dass Journalisten dahin gehen müssten, wo etwas geschehe und dass der eigene Augenschein nötig sei, um eine reale Berichterstattung zu garantieren, was leider heute nicht mehr die Regel sei. Nur wenn die Berichterstattung vor Ort stattfindet - hier hebt er die „ZEIT“ und den „SPIEGEL“ hervor, dürfen wir uns als Leser_innen gut informiert fühlen.

Dennoch sei er kein Adrenalin-Junkie, sondern trotz des hohen Risikos davon überzeugt, etwas Sinnvolles und Richtiges zu tun. Würden Menschen bei allem, was sie tun, nur an sich und ihre Familien denken, hätte es keinen Widerstand gegen die NS-Diktatur gegeben.

Als die offizielle Zeit vorbei ist, reißen die Schülerfragen dennoch nicht ab. Mich hat es nicht gewundert, dass offensichtlich niemand in die Pause gehen wollte. ■

Anna Haßdenteufel

Fotos: Agnes Bender-Rauguth



Bildungsminister Ulrich Commerçon



westermann GRUPPE

BERUFLICHE BILDUNG

Mit uns kommen Sie weiter!

■ Bildungsverlag EINS

westermann

Winklers



„FÖRDI-Messe“ im Dillinger Lockschuppen

Etwa drei Viertel aller Kinder aus Akademikerfamilien beginnen ein Hochschulstudium. Kinder aus „Arbeiterfamilien“ tun dies hingegen nur zu rund einem Fünftel. Gute Beratung mit dem Ziel dieser Schieflage entgegenzuwirken war ein Schwerpunkt der Veranstaltung „FörDI-Messe“ im Dillinger Lockschuppen am 5. Mai. Auch die GEW war hier am Stand der DGB-Jugend beratend tätig.

Berufs- und Studienwahlvorbereitung

Um Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen besser auf ihre Berufs- oder Studienwahl vorzubereiten, haben die



StudienStiftungSaar, der Europäische Sozialfonds im Saarland und die IHK Saarland gemeinsam die „FörDI-Messe“ ins Leben rufen. Zur Auftaktveranstaltung, die am 5. Mai im Dillinger Lockschuppen stattfand, kamen 1.000 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 11 aus dem Landkreis Saarlouis.

Ein breites Spektrum schülerberatender und -fördernder Institutionen und Initiativen informierte zu Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten im Saarland. Unter der Überschrift "TalentRegion Saarland" zielte die FörDI-Messe darauf ab, junge Talente im Saarland zu beraten und zu fördern sowie den Nachwuchs an die Region zu binden. Die IHK, die Landesregierung sowie mehrere Stiftungen unterstützen die Initiative finanziell.

Auf der FörDI-Messe waren an 28 Infoständen "Kümmerer" aus dem ganzen Saarland vertreten: Schülerberatende und schülerfördernde Institutionen und Initiativen

(darunter auch der Landesjugendring Saar mit dem Jugendserver-Saar, die DGB-Jugend, die GEW und Vertreter des Portals arbeiterkind.de) und berufsberatende Institutionen im Saarland (u.a. Arbeitsagentur, IHK Saarland).

GEW-Beratung

Fragen nach den Berufsaussichten in den Bereichen Erziehung und Bildung und nach den verschiedenen Möglichkeiten der Ausbildung in diesem Bereich waren die häufigsten Themen, auf die Brigitte Bock und Thomas Bock am Stand der GEW eingingen. In diesem Zusammenhang boten aber auch tagesaktuel-

le Ereignisse einen sehr guten Anlass für anregende Gespräche mit interessierten Jugendlichen. Äußerungen wie „Ich könnte mir gut vorstellen Erzieherin zu werden, aber als Erzieherin verdient man ja nicht so gut, oder?“ waren willkommene Opener, um das Thema Tarifverhandlungen und Streik zu beleuchten und in diesem Zusammenhang zu klären was Gewerkschaften sind und wozu sie gut sind.

Förderprogramm studienpioniere.saarland

Ein Schwerpunkt der FörDI-Messe war die Präsentation des Förderprogramms studienpioniere.saarland. Studienpioniere sind Personen, die als erste in ihrer Familie ein Studium aufnehmen. Der Europäische Sozialfonds im Saarland fördert von 2015 bis 2020 talentierte Schülerinnen und Schüler ab der neunten Klassenstufe und Studienpioniere während der ersten beiden Semester des Studiums an

einer Hochschule im Saarland. Träger des Projekts ist die StudienStiftungSaar.

Staatssekretär Jürgen Lennartz startete offiziell die Bewerbungsphase für studienpioniere.saarland über das Online-Portal der StudienStiftungSaar. Er erklärte: "Wir freuen uns sehr, dass wir talentierten und engagierten Schülerinnen und Schülern mit studienpioniere.saarland eine echte Unterstützung bieten können zu ihrem Erfolg in Studium und Beruf. Wir geben jungen Talenten besonders aus Familien mit nichtakademischer Tradition eine Chance zum Studium und damit zum beruflichen Aufstieg. Außerdem leisten wir einen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Das Saarland geht mit dem Projekt studienpioniere.saarland bundesweit vorbildliche Wege."

Damit möglichst viele und auch die richtigen jungen Talente zum Zuge kommen, sollen sich Talentsucher an allen weiterführenden Schulen im Saarland auf die Suche machen; Staatssekretär Jürgen Lennartz bat alle Schulleitungen um tatkräftige Unterstützung.

Die Bewerbungsfrist für ein Juniorstipendium läuft in diesem Jahr bis zum 13. Juli. In einem mehrstufigen Auswahlverfahren werden Talente ausgesucht und dann von der StudienStiftungSaar als Juniorstipendiat_in ernannt. Bewerben können sich junge Talente mit guten schulischen Leistungen, die auch soziales oder kulturelles Engagement zeigen.

Die Förderung der Studienpioniere sieht vor: Maßnahmen zur Berufs- und Studienorientierung und zur Persönlichkeitsentwicklung, Beratung durch Experten und Mentoren zur Studienaufnahme und zur Organisation des Studiums, finanzielle Unterstützung zum Studienbeginn im Saarland und Hilfestellung beim Finden einer Beschäftigung bei einem saarländischen Arbeitgeber. Außerdem werden für die Studienpioniere Fortbildungs- und Freizeitangebote zu den Themen Gesellschaft, Gesundheit, Politik, Geschichte und Kultur bereitgehalten. ■

Thomas Bock

Weitere Informationen findet man unter HYPERLINK "<http://studienpioniere.saarland/>" www.studienpioniere.saarland

Foto: Thomas Bock

IGS Göttingen: Die Kraft des Du

„Lehrer, Mörder und Entführer“, antwortet Finja auf die Frage, wovor man Angst haben kann. Sie guckt ihre Lehrerin treuerzig an, Franziska Maaß lacht, die Schüler ihrer 6. Klasse grinsen und alle wissen: Das war nicht ernst gemeint. Denn an der Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule in Göttingen ist fröhliches und selbstständiges Lernen ganz normal.

Vor den Lehrern hat man hier ganz bestimmt keine Angst. Zu den Lehrern sagt man du. Das Duzen gehört an der IGS zu einem Konzept, das vor 40 Jahren erarbeitet wurde und bis heute aktuell ist. Dazu gehört: keine Fachleistungsdifferenzierung bis Ende der 10. Klasse, keine Noten bis Ende der 8. Klasse, sondern ausführliche Lernentwicklungsberichte, und kein Sitzenbleiben - stattdessen: Teamarbeit und Freiräume. „Die Entwicklung von sozialer Kompetenz ist ganz wichtig hier“, sagt Deutsch- und Geschichtslehrerin Franziska Maaß. Die Schüler sollen zu starken Persönlichkeiten werden, die selbstbewusst genug sind, Schwächen einzugestehen - mit dem beruhigenden Gefühl, in einem anderen Bereich Stärken zu haben. „Und jeder Schüler kann irgendetwas ganz besonders gut“, ist Franziska Maaß überzeugt.

Die engagierte 33-Jährige serviert den Lernstoff nicht - sie glaubt fest daran, dass ihn die Kinder sich gegenseitig beibringen. Damit dies gelingt, ist sogar die Architektur der Schule ganz auf das Lernkonzept eingestellt. Jeder Jahrgang lebt, lernt und lacht in einem sogenannten Cluster. Hier reihen sich Klassenzimmer, Sonderräume, ein Zimmer mit persönlichem Schreibtisch für jeden der etwa 15 Jahrgangsstufenlehrer um einen freundlich gestalteten Gemeinschaftsraum.

In den Klassen, die hier Stammgruppen heißen und von denen einige auch behinderte Schüler aufnehmen, sind die Kids in Tischgruppen aufgeteilt. Sechs Schüler mit unterschiedlichen Talenten arbeiten hier für mindestens ein halbes Jahr zusammen und lernen, was es heißt, sich aufeinander zu verlassen. „In den ersten drei Jahren ist das sehr viel Arbeit. Danach ernten wir die Früchte“, sagt Franziska Maaß lächelnd. Und wie sieht diese Ernte aus? „Es ist einfach toll zu sehen, wie selbstständig die Schüler arbeiten. Sie helfen sich gegenseitig und schaffen es, ihre Ressourcen so zu nutzen, dass am Ende ein fertiges Produkt herauskommt“, erklärt Franziska Maaß, als Schülerin Alina herbeihüpft und Hilfe beim Multiplizieren möchte. „Frag doch



bitte jemanden, der besonders gut in Mathe ist“, sagt Franziska Maaß und als Alina sich pfeifend auf den Weg zum Rechen-Ass der Klasse macht, verrät ihre Lehrerin: „Klar könnte ich ihr das erklären. Aber sie soll lernen, sich bei ihren Mitschülern Hilfe zu holen.“ Dass die schwächeren Schüler davon profitieren, ist offensichtlich. „Aber auch für die Guten ist es klasse. Sie lernen, das, was sie verstanden haben, auch sinnvoll weiterzugeben.“

Von der 5. bis zur 10. Klasse bleiben die Kinder in ihren festen Verbänden, begleitet von zwei Tutoren, die möglichst viele Stunden in ihrer Stammgruppe unterrichten. Gefestigt wird die Verbindung Schüler-Lehrer auch durch das verbindliche Du. „Unsere Autorität festigen wir durch das, was wir tun. Die wird durch das Duzen nicht kleiner“, erklärt Franziska Maaß. Als Tutorin kennt sie ihre Pappeneimer und weiß genau, was zu ihnen passt. Klar auch, dass sie sich an den Lehrplan halten muss. „Aber der erlaubt viele Freiheiten. Und die schöpfen wir hier voll aus.“ Freiheiten bekommen auch die Schüler: Sie dürfen in freien Arbeits- und Übungsstunden entscheiden, was sie machen wollen, können im Schulgebäude Cafeteria, Disco, Billardraum und Kino nutzen und erleben bei zwei Klassenfahrten im Jahr viel Schönes miteinander.

Einzelkämpfertum ist an der IGS aber nicht nur bei den Schülern tabu. Auch die Lehrer arbeiten intensiv miteinander, realisieren gemeinsame Projekte, tauschen Ideen aus –

und nehmen natürlich auch die Eltern mit ins Boot. „Erst dachte ich: Diese enge Zusammenarbeit mit den Eltern ist doch gruselig“, sagt Franziska Maaß, die seit einem Jahr an der IGS unterrichtet. Heute weiß sie: „Das klappt super und ist richtig konstruktiv.“ Bei regelmäßigen Treffen, die in den Tischgruppen bei den Kindern zu Hause stattfinden, werden den Eltern Projekte vorgestellt, es darf kritisiert, gefragt, gelobt werden.

Das die IGS mit ihrem Lernkonzept Erfolg hat, zeigen nicht nur Auszeichnungen wie der Deutsche Schulpreis 2011: Die meisten der 1500 Schüler der Schule erreichen das Abitur - egal, ob sie mit einer Empfehlung für Gymnasium, Real- oder Hauptschule ihre Karriere an der IGS begannen.

Klar, dass die nötige Organisation, das Schreiben der Lernentwicklungsberichte, die Elternabende und Projekte den Lehrern an der IGS viel abverlangen. Aber die Arbeit dort erfüllt auch. Franziska Maaß ist glücklich, hier zu sein. „An einer idealen Schule gäbe es mehr Geld und wir hätten mehr Lehrer“, sagt sie zwar schmunzelnd und denkt dabei an die Kämpfe mit dem Schulamt, die natürlich auch von der IGS ausgetragen werden müssen. Doch sie ergänzt: „Ansonsten kommt das Konzept hier meinem Ideal von Schule sehr nahe.“ Denn: „Man merkt einfach, dass man den Schülern damit Gutes tut. Was anderes will ich nicht.“ ■

Heide Grehl

Foto: Thomas Bock

Saarländische Beamtinnen und Beamte erhalten mehr Geld

Die Vertreterinnen und Vertreter der ÖD-Gewerkschaften ver.di, GdP, GEW und IG BAU sowie ihre Spitzenorganisation DGB konnten am 19. Mai in einem Spitzengespräch mit der saarländischen Landesregierung vereinbaren, dass das im März dieses Jahres erzielte Tarifiergebnis wirkungsgleich auf die saarländischen Beamtinnen und Beamten übertragen wird.

Dies bedeutet im Einzelfall:

- Aufgesplittet nach Besoldungsgruppen (bis A9/A10 - A13/A14 - A16) werden die Gehälter 2015 Tabellen wirksam zum 1.Mai/1.Juli/1. September um 2,1 Prozent (- 0,2 Prozent Versorgungsrücklage) angehoben.
- Zum 01. Juli/01. September/01. November 2016 werden die Gehälter ein weiteres Mal um 2,3 Prozent (minus 0,2 Prozent Versorgungsrücklage) angehoben, in der unteren Besoldungsgruppe zum 01. Juli mindestens um 75,- Euro.
- Anwärterinnen und Anwärter erhalten zum 1.7.2015 bzw. 1.7.2016 jeweils um 30,- Euro monatlich erhöhte Anwärterbezüge.
- Anwärterinnen und Anwärter erhalten einen zusätzlichen Tag Erholungsurlaub.



Die saarländische Landesregierung erklärte, dass sie mit Blick auf die finanziellen Rahmenbedingungen des Haushaltsnotlagelandes Saarland sowie der halbjährlichen Kontrolle durch den Stabilitätsrat des Bundes und der Länderfinanzminister ihr Übertragungsangebot "auf Kante genäht" hat und bis zum Anschlag gegangen ist.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Rheinland-Pfalz/Saarland, Eugen Roth erklärte: „Uns war insbesondere die Tabellen wirksame Übertragung des kompletten Tarifiergebnisses inklusive des Mindestbetrages für untere und mittlere Gehaltsgruppen ein großes

Anliegen. Wir konnten deshalb auch die bereits 2013 nach Einkommensgruppen gegliederte, zeitlich gestaffelte Übertragung des von uns zuvor erstrittenen Tarifiergebnisses mittragen, weil am Ende auch die höheren Einkommensgruppen von der prozentualen Erhöhung profitieren. Auch die ebenfalls an dem Spitzengespräch zur Übertragung des Tarifiergebnisses beteiligten Spitzenorganisationen DBB/Tarifunion Saar sowie der CGB Saar stimmten diesem Gesamtpaket zu. Bei der kommenden Tarifrunde 2017 werden die Karten wieder neu gemischt.“ ■

Peter Balnis
Foto: Frank Beckerbredel

Erkennst du den Unterschied?



Beide Fotos wurden auf der großen Anti-Austeritäts-Demonstration am 9. April in Paris gemacht, nur fünf Minuten Unterschied, während dessen der Zug der Tausenden an mir vorbeizog.

Auf den ersten Blick erkannte ich keinen Unterschied. Gleiche Gesänge, Parolen der Solidarität, Lärm des Protests - freudige Gesichter, dass wir so viele waren. Erst als ich die Transparente las, wurde mir bewusst, was das



für uns Gewerkschafter in Deutschland bedeutet: Die alten Gewerkschafter, egal ob früh oder spät in Rente, sind hier stolz dabei und tragen ihr Transparent der „Rentner von Morbihan“ aus der Bretagne. Und sie waren nicht allein, die Pariser Kollegen - ein ganzer Block - hatten gelbe Westen an, auf dem Rücken „CGT Retraites“.

Es wird Zeit, dass sich auch die Gewerkschafts-Senioren selbstbewusst im wahrsten

Sinne des Wortes mobilisieren und mit ihren Transparenten ihre generationenübergreifende Solidarität und Kampfbereitschaft bekunden - zum Beispiel am 1. Mai oder vor den Werkstoren oder bei den aktuellen Streikaktionen der GEW... ■

Georges Hallermayer
Fotos: Georges Hallermayer



Gemeinsam in die Zukunft!

11. Deutscher Seniorentag - 2.-4. Juli 2015 in Frankfurt a.M.

11. Deutscher Seniorentag der BAGSO in Frankfurt

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e.V. veranstaltet alle drei Jahre an wechselnden Orten die Deutschen Seniorentage. Sie bieten nicht nur etwas für diejenigen, die sich haupt- und ehrenamtlich in der Seniorenarbeit engagieren, sondern für alle, die sich mit Fragen der gesundheitlichen Vorsorge, des Wohnens im Alter oder der Pflege von Angehörigen auseinandersetzen. Im Vordergrund stehen Information, Unterhaltung und Begegnung. Viele "Mitmach-Angebote" geben Gelegenheit, etwas für die körperliche und geistige Fitness zu tun. Ein kulturelles Rahmenprogramm sorgt für Unterhaltung.

Der 11. Deutsche Seniorentag 2015 findet unter dem Motto „Gemeinsam in die Zu-

kunft!“ vom 2. bis 4. Juli 2015 im Congress Center Messe in Frankfurt am Main statt. Die Schirmherrschaft hat die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel übernommen.

Rund 100 Veranstaltungen decken ein breites Spektrum von Themen aus Politik & Gesellschaft, Bildung & Engagement sowie Gesundheit & Leben ab, in denen sich die Besucherinnen und Besucher nicht nur informieren, sondern auch selbst aktiv einbringen können. Mitmachangebote wie die „Aktive Mittagspause“, Gedächtnistraining, ein Osteoporose- und ein Gesundheitsparcours sowie ein kulturelles Rahmenprogramm runden das Angebot ab.

Der 11. Deutsche Seniorentag wird begleitet von der Messe SenNova, die auf 10.000 m²

eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen für die Zielgruppe 50+ präsentiert.

Die GEW ist mit ihrem Bundessenioreninnenausschuss Mitglied in der BAGSO und beteiligt sich mit zwei Veranstaltungen am diesjährigen Seniorentag.

Eine Ankündigung vorab: Als Gemeinschaftsveranstaltung für 2015 plant unser Landessenioreninnenausschuss einen Besuch der SenNova. Wir wollen am 3. Juli mit dem Bus nach Frankfurt fahren und einen Tag auf dieser sehr interessanten Messe verbringen. Wer dieses Angebot gerne nutzen möchte, sollte sich diesen Termin schon vormerken – weitere Informationen und eine gesonderte Einladung folgen noch. ■

Harald Ley



Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen

Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Versicherungsschutz bis 67 möglich!

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld! Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort.

Geschäftsstelle Saarbrücken
Ralf Brem, Ralf.Brem@HUK-COBURG.de

GEW 2% Nachlass bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung für Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig





Die Filmtage der Arbeitskammer erlauben Schulklassen und Jugendgruppen einen kritischen Blick auf Politik und Gesellschaft durch das Medium Film. Die 8. Auflage steht in diesem Jahr vom 13. bis 17. Juli ganz im Zeichen der AK-Kampagne „Arbeitnehmer gegen Rechtsextremismus“. 70 Jahre nach Kriegsende erinnern fünf Filme an das Unfassbare, zeigen Ursachen und Folgen, warnen vor Verharmlosung.

Den Auftakt macht am Montag, 13. Juli, „Wir sind jung, wir sind stark“ von Burhan Qurbani. Der Spielfilm von 2014 erinnert an die realen Geschehnisse in Rostock-Lichtenhagen 1992, als Jugendliche Molotow-Cocktails in das Wohnheim vietnamesischer Familien warfen und ihnen ein grölender Mob applaudierte. Die Kamera folgt der Clique beim ziellosen Herumhängen und zeigt ihre Ratlosigkeit, mit der neuen Freiheit nach der Wende umzugehen.

„Mit kritischem Blick“

AK-Filmtage: 5 Filme gegen das Vergessen und die Gefahr von rechts

Am Dienstag, 14. Juli, folgt mit „Kriegerin“ von David Wnendt das Porträt einer jungen rechtsradikalen Frau in einer ostdeutschen Kleinstadt, der es nicht gelingt, sich aus den Verstrickungen der Szene zu befreien, obwohl ihr Weltbild ins Wanken gerät.

Die Entstehungsgeschichte der Auschwitz-Prozesse erzählt der aktuelle Spielfilm von Giulio Ricciarelli „Im Labyrinth des Schweigens“, der am Mittwoch, 15. Juli, auf dem Programm steht. Ein junger Staatsanwalt geht Hinweisen auf einen NS-Täter an einer Schule nach und stößt auf ein Geflecht aus Verdrängung, Verleugnung und Verklärung. Von „Auschwitz“ haben in diesen Jahren die einen nie gehört, und die anderen wollen es so schnell wie möglich vergessen.

In Pepe Danquarts „Lauf, Junge, lauf“ am Donnerstag, 16. Juli, gelingt dem neunjährigen Sruik die Flucht aus dem Warschauer Ghetto. Der bewegende Film von 2013 begleitet ihn bei seiner dreijährigen Odyssee durch

das besetzte Polen. Er überlebt nur, weil er auch hilfsbereite Menschen trifft, die ihn verstecken und ihn lehren, seine jüdische Identität zu verbergen.

Mit „Freistatt“ gewann Marc Brummund im Januar beim Saarbrücker Max-Ophüls-Festival den Publikumspreis und den Preis der Jugendjury. Im Sommer 1968 wird der 14-jährige Wolfgang von seinem Stiefvater in die kirchliche Fürsorgeanstalt „Freistatt“ abgeschoben. Die Jungen werden als billige Arbeitskräfte missbraucht, zum Torfstechen ins Moor geschickt und verrohen als Opfer eines körperlichen und psychischen Gewaltsystems. ■

Gabi Hartmann

Alle Filme werden für Schulklassen und Jugendgruppen kostenlos in drei Vorstellungen im Saarbrücker „kino achteinhalb“ gezeigt: um 8.30 Uhr, 11.30 Uhr und 16.30 Uhr. Allerdings ist eine Anmeldung unter filmtage@arbeitskammer.de oder Tel.: (0681) 4005-212 erforderlich. Weitere Informationen sowie Hintergrund- und Unterrichtsmaterial zu allen Filmen gibt es unter www.arbeitskammer.de/filmtage2015.

Gemeinsam besser unterrichten

Teamteaching im inklusiven Klassenzimmer

Mehr als eine Lehrperson im Klassenzimmer - das war früher die Ausnahme, mittlerweile wird es vielerorts zur Regel, vor allem seit die Inklusion in den Schulen umgesetzt wird.

Dann stellt sich schnell die Frage, wie das gehen soll, welche Absprachen müssen getroffen werden, welche Regeln gilt es zu beachten und was muss man den Schülerinnen und Schülern dafür mitteilen. Den Kolleginnen ist mit dem vorliegenden Buch ein guter Spagat gelungen zwischen praktischen und hilfreichen Hinweisen und dem Versuch einer guten Strukturierung, die auch den einen oder anderen theoretischen Hintergrund liefert.

So spielen nicht nur die gegenseitigen Absprachen eine Rolle sondern auch die

Gestaltung des Klassenraums oder auch die Frage, wie man konstruktiv mit Konflikten umgehen kann. Insgesamt ein guter Versuch, ein kleines Kompendium zu diesem Thema zu veröffentlichen. Man hätte sich allerdings gewünscht, dass nicht nur Allerweltsliteratur zitiert wird, sondern zumindest im Literaturverzeichnis der eine oder andere spannende Aufsatz erwähnt wird. ■

Matthias Römer

Inge Krämer-Kılıç (Hrsg.):
Gemeinsam besser unterrichten
Verlag an der Ruhr, 2014, 125 Seiten
ISBN: 9783834625106
Preis: 16,95 Euro



ANZEIGE

Ökonomi(sti)sche Bildung? Nein danke!

Seit einigen Jahren gibt es eine Kontroverse zwischen denen, die ein eigenes Fach Wirtschaft an den Schulen fordern und denen, die wirtschaftliche Themen sozioökonomisch und multidisziplinär behandelt wissen wollen. Ein neuer Sammelband liefert Argumente für die zweite Position.

Worum geht es?

Um „Sozio-ökonomische Bildung versus ökonomistische Bildung“ - wie Gerd-E. Famura, Professor für die Didaktik der Wirtschaftswissenschaften, pointiert formuliert.

Was ist der Unterschied?

Rein ökonomische bzw. ökonomistische Bildung bedeutet eine „Verengung auf die Vermittlung wirtschaftswissenschaftlichen Wissens“, so der Bielefelder Didaktik-Professor Reinhold Hedtke in seinem zentralen Beitrag. Stattdessen sei sozioökonomische Bildung vor allem pluralistisch, sozialwissenschaftlich und problemorientiert. Ihr geht es um „reflektierende, kritisch hinterfragende ... Auseinandersetzung mit der Wirtschaftswelt.“ Sie versteht „wirtschaftliches Handeln als soziales Handeln“. Und: sie will sich „als auch politisches Projekt positionieren“, so Hedtke.

Schon seit einigen Jahren tobt der Streit über den curricularen Ort wirtschaftlicher Themen an Schulen. Die einen fordern ein eigenes Fach, die anderen sehen wirtschaftliche Themen nur in einem multidisziplinären Kontext sozioökonomischer Bildung richtig aufgehoben. In dem nun vorliegenden Sammelband legen letztere ihre Positionen erstmals breit dar.

Beeindruckend etwa der Aufsatz „Der kühle Gleichmut der Ökonomen“ der Philosophin und Ökonomin Silja Graupe. Sie demontiert überzeugend die scheinbar selbstverständliche Orientierung der Ökonomen an Methoden der Naturwissenschaften und der Mathematik. Deren lehrbuchmäßige Standardisierung führe zu einer Distanzierung von der realen Welt in Modellen, Formeln und Diagrammen - Instrumente, die in der Finanzkrise schließlich versagten.

Lesenswert auch der Beitrag der Erziehungswissenschaftlerinnen Christina Gericke und Andrea Liesner. Kritisch betrachten sie die Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft anhand von Schulfinanzierungen und „Expertenangeboten“. Das reicht etwa vom „Allianz“

Finanzberater im Klassenzimmer bis hin zur Bitte an die Eltern, für ihr Kind ein Konto bei der Bank einzurichten, mit deren Geldkarte auch in der Schulmensa bezahlt werden muss.

Gegen den Einwand, man wolle doch nur die Klassenzimmer für das reale Leben öffnen, führen Gericke/Liesner als gewichtige Gegenargumente an: zum Beispiel die Professionalität ausgebildeter Fachlehrerinnen und Fachlehrer oder auch der bewusste und historisch erkämpfte Schonraumcharakter von Schule. Die Autorinnen schließen mit einem klaren Statement: „Wenn Schulunterricht im Fach Sozioökonomie aber einen Bildungsanspruch verfolgt und auch künftig mehr sein will als kapitalistisch firmes Lebenstraining, muss er Raum geben für Skepsis und Kritik.“

Der Bonner Ökonomie-Professor Michael Piorkowsky fordert einen Paradigmenwechsel in der ökonomischen Analyse und Bildung. Anhand von vier Konzepten stellt er schlüssig dar, wieso die Annahme der Wirtschaftswissenschaften, Unternehmen seien nur Produzenten, Haushalte bloße Konsumenten, nicht haltbar ist. Ein Grundmodell der Ökonomie, das so mancher Lehrer in der Vorstellung von

Gunther von Hagens'

KÖRPERWELTEN

& Der Zyklus des Lebens

GRATIS Hörführung für Schulklassen 2. bis 24. Juli 2015

2. Juli – 13. Sept 2015

SAARBRÜCKEN

Congresshalle

www.koerperwelten.de



Freier Eintritt für Lehrer

Didaktische Materialien zur Vor- und Nachbereitung des Schulklassenbesuchs und ein Anatomie-Quiz für Schüler (Klassen 5-8) sind kostenlos in der Ausstellung oder als Download auf der Webseite www.koerperwelten.de/Saarbruecken erhältlich.



Kreislaufmodellen reproduziert, wird so fraglich und als ökonomistisch verkürzt erkennbar.

Dietmar Kahsnitz, Frankfurter Didaktiker der Arbeitslehre, untersucht aus einer allgemeinen bildungstheoretischen Perspektive „ökonomische Bildung, maskiert als sozioökonomische Bildung“. Zu Recht - denn die Nachahmung sozioökonomischer Bildung, etwa unter Bezug auf Klafkis Forderung nach einer „Strukturlehre der politisch-gesellschaftlich-rechtlich-wirtschaftlichen Wirklichkeit“, ist nicht selten. Klafki meint damit jedoch keinesfalls die bloße Fokussierung wirtschaftlicher Sachverhalte unter Ausschluss von Gerechtigkeits- und Solidaritätsfragen.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem notwendigen Mündigkeits-Anspruch oder mit dem fachdidaktischen Profil einer sozioökonomischen Bildung.

Wer in dem Bereich aktiv ist, sollte das Buch gelesen haben. ■

Tom Beier

Andreas Fischer / Bettina Zurstrassen (Hrsg.), Sozioökonomische Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Schriftenreihe Band 1436, Bonn 2014, 413 Seiten, zu beziehen über die bpb für 4,50 € zzgl. Versandkosten



**Bildung
ist ein
Menschenrecht.**

Hartz IV und die Folgen

Auf dem Weg in eine andere Republik?

Auch nach zehn Jahren polarisiert das im Volksmund als „Hartz IV“ abgekürzte „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“. Es hat noch nichts von seiner politischen, wirtschaftlichen und vor allem auch sozialpolitischen Brisanz eingebüßt. Aus diesem Anlass hat jetzt der renommierte Arbeitsmarkt- und Armutsforscher Christoph

Butterwegge ein auch für wirtschafts- und sozialpolitische Laien sehr gut verständliches und umfassendes Werk veröffentlicht.

Christoph Butterwegge ist Professor für Politikwissenschaft am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u.a.: Globalisierung und Kritik am Neoliberalismus, Sozialstaatsentwicklung und Armut, Rechtsextremismus und Rassismus.

Butterwegge geht es in dieser Publikation vor allem darum, den deutschen Sozialstaat in seiner Substanz zu retten: Der Sozialstaat solle nicht als historisches Auslaufmodell zum Weltkulturerbe erklärt und ins Museum der Altertümer abgeschoben werden. Bereits in der Einleitung zu seinem Buch vertritt Butterwegge die These, „dass es sich bei Hartz IV um ein zutiefst inhumanes System voll innerer Widersprüche handelt, das Menschen entrechtet, erniedrigt und entmündigt“ (S.9).

Die Betroffenen und deren Angehörige würden stigmatisiert, sozial ausgegrenzt und isoliert. Umfassend und kenntnisreich informiert und analysiert Butterwegge Entstehungsgeschichte, Hintergründe und Zustandekommen der Hartz IV-Gesetze als Kernstück der Reformagenda 2010 und deren tiefgreifende individuelle und gesellschaftliche Auswirkungen.

So wurde der Boden für die Arbeitsmarkt-reformen von den Leitmedien wie BILD, Stern,

Spiegel, Zeit, Focus und FAZ, von Privatsendern und leider auch von Teilen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorbereitet: „Ohne mediale Diskurse über die „Trägheit“ der Erwerbslosen, den vermeintlichen massenhaften Missbrauch von Sozialreformen und die angebliche Unfähigkeit der staatlichen Arbeitsverwaltung, diesen Problemen zu begegnen, wären die rot-grünen Reformmaßnahmen weder gegen massiven Widerstand innerhalb der Regierungsparteien selbst noch gegen erhebliche Skepsis und mentale Barrieren innerhalb der Gesellschaft durchzusetzen gewesen“ (S.249).

Der vorliegende Band von Butterwegge unterscheidet sich wohltuend von den marktüblichen Publikationen zum Thema und eignet sich hervorragend als Basismaterial für eine kritische Würdigung der neoliberalen Arbeitsmarkt-reformen. Butterwegge gelingt es, in klarer, verständlicher Sprache die komplexen Zusammenhänge darzustellen und die wirtschaftlichen, sozialen, psychosozialen und politisch-kulturellen Folgen faktengesättigt und sachlich zu präsentieren und kritisch abzuwägen. ■

Klaus Ludwig Helf

Christoph Butterwegge:
Hartz IV und die Folgen – Auf dem Weg in eine andere Republik?
Beltz Juventa Weinheim und Basel 2015,
290 Seiten
ISBN: 978-3-7799-3234-5
Preis: 16,95 Euro



Christoph Butterwegge

Hartz IV und die Folgen

Auf dem Weg in eine andere Republik?

BELTZ JUVENTA

ab
3,90%¹⁾

gebundener Sollzinssatz p. a.,
effektiver Jahreszins
ab 3,97 %

Beispiel:

Sollzinssatz (gebunden)	4,89 % p. a.
Effektiver Jahreszins	5,00 %
Nettodarlehensbetrag	7.500,- Euro
Monatliche Rate	224,76 Euro
Laufzeit	36 Monate

Für mich: Der BBBank-WunschKredit mit B-Tarif für den öffentlichen Dienst²⁾

¹⁾ Gültig vom 01.05. bis 30.06.2015; Kondition freibleibend; bonitätsabhängig; 2.500,- Euro bis max. 50.000,- Euro, Vertragslaufzeit von 12 bis 84 Monaten; Voraussetzung: Bezügekonto.

²⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

Erfüllen Sie sich jetzt Ihre Wünsche!

Mit dem BBBank-WunschKredit und Top-Konditionen speziell für den öffentlichen Dienst:

- WunschBeträge von 2.500,- bis 50.000,- Euro
- WunschExtras wie z. B. die kostenfreie Sondertilgung
- WunschRate oder WunschLaufzeiten



Vorteile für
GEW-Mitglieder!

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)
oder www.bbbank.de/wunschcredit



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst